Kontakt: Barbara Ogrinz

Tel.: +49 (30) 394 05 17-25 E-Mail: ogrinz@uniklinika.de

Pressemitteilung

Berlin, 07.05.2025

Stärkung der besonderen Rolle der Universitätsmedizin

Mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung bietet sich die Chance, den Gesundheits- und Forschungsstandort Deutschland in den kommenden Jahren gezielt weiterzuentwickeln. Der Koalitionsvertrag enthält zahlreiche richtige Ansätze, um die Gesundheitsversorgung zielgenauer zu gestalten, die Gesundheitsforschung mit der Universitätsmedizin im Zentrum zu stärken, Innovationen schneller in die Praxis zu bringen und die Resilienz des Systems zu stärken. Die Deutsche Hochschulmedizin (DHM) steht als strategischer Partner für die Weiterentwicklung einer wissenschaftlich fundierten und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung bereit.

Reform ist richtig, Steuerung ist nötig

Das Bekenntnis der Koalition, an der Krankenhausreform festzuhalten, ist ein wichtiges Signal. Mit den Leistungsgruppen und der Vorhaltefinanzierung sind den Ländern zentrale Steuerungsinstrumente gegeben, um regionale Krankenhausversorgung zukunftsfest gestalten zu können. Allerdings dürfen die im Koalitionsvertrag avisierten zusätzlichen Ausnahmen in der Krankenhausplanung nicht dazu führen, dass die ursprünglichen Reformziele verwässert werden.

"Die neue Bundesregierung hat mit dem Koalitionsvertrag viele richtige Weichen gestellt – jetzt kommt es auf die konsequente Umsetzung an. Die Ziele der Krankenhausreform müssen im Fokus bleiben, die Resilienz des Gesundheitssystems gestärkt und der Zugang zu Innovationen gesichert werden. Wichtig für die Krankenhausreform ist die vereinbarte angemessene Berücksichtigung der Universitätsmedizin bei den Förderzwecken des Transformationsfonds. Denn gerade auch an Universitätsklinika wird es zu einer Konzentration vor allem von komplexen Versorgungsangeboten kommen. Damit wird auch das Ziel der Krankenhausreform, eine Verbesserung der Behandlungsqualität, befördert. Dass im Koalitionsvertrag zudem vorgesehen ist, die Vorhaltepauschalen für die Universitätsmedizin an den realen Kosten auszurichten, ist konsequent und sinnvoll", betont Prof. Jens Scholz, 1. Vorsitzender des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands (VUD).

Angesichts demografischer Herausforderungen sind weitere Steuerungsmechanismen für eine optimierte Gesundheitsversorgung wichtig. Ein verbindliches Primärarztsystem kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Darüber hinaus muss die Reform der Notfallversorgung zügig umgesetzt werden, zumal bei der Ausgestaltung weitgehend politischer Konsens herrscht. Wichtig wird dabei sein, Integrierte Notfallzentren vornehmlich an den Krankenhausstandorten mit erweiterter und umfassender stationärer Notfallversorgung zu konzentrieren.

Infrastruktur stärken und Resilienz erhöhen

Die Stärkung der kritischen Infrastruktur sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundeswehrkrankenhäusern, BG Kliniken, kommunalen Großkrankenhäusern und Universitätsklinika sind von zentraler Bedeutung für eine verlässliche Gesundheitsversorgung – insbesondere im Krisen- oder Bündnisfall. Die Deutsche Hochschulmedizin begrüßt in diesem Zusammenhang die geplanten Investitionen in Digitalisierung, bauliche Sanierung und IT-Sicherheit – insbesondere unter Nutzung des Sondervermögens für Krankenhäuser sowie im Rahmen des angekündigten KRITIS-Dachgesetzes. Die vereinbarte Schnellbauinitiative von Bund und Ländern zur Modernisierung und digitalen Ertüchtigung stärkt zusätzlich die Resilienz der Hochschulmedizin.

Der Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und der Medizinische Fakultätentag (MFT) vertreten die Interessen der 36 Universitätsklinika sowie der 39 Medizinischen Fakultäten in Deutschland. Ihr Dachverband ist die Deutsche Hochschulmedizin e.V. Gemeinsam stehen die Verbände für Spitzenmedizin, erstklassige Forschung sowie die international beachtete Medizinerausbildung und Weiterbildung.

Forschung in der Universitätsmedizin wird gestärkt

Der Koalitionsvertrag sieht an mehreren Stellen die Stärkung der Biotechnologie und die klinische Forschung als wichtigen Wirtschafts- und Standortfaktor in Deutschland vor. Die neue Bundesregierung setzt damit ein klares Zeichen: die Forschung innerhalb der Universitätsmedizin soll gezielt gefördert werden, um ihre besondere Rolle an der Schnittstelle von Wissenschaft und Patientenversorgung zu stärken. Ein eigenes Kapitel im Koalitionsvertrag unterstreicht diese enge Verknüpfung von Forschung und Versorgung – ein starkes politisches Signal. Die Verstetigung des Netzwerks Universitätsmedizin (NUM) macht dies besonders deutlich. "Mit dem Koalitionsvertrag stellt die neue Bundesregierung die Universitätsmedizin ins Zentrum der Gesundheitsforschung. In Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und den Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung kann die Universitätsmedizin die Translation von der Grundlagenforschung bis in die Versorgung gewährleisten", erklärt Prof. Matthias Frosch, Präsident des Medizinischen Fakultätentags (MFT). "Einen wichtigen Rahmen dafür werden auch die angestrebten weiteren Ziele im Koalitionsvertrag, wie eine effektivere Administration der Forschungsförderung und ein klarer rechtlicher Rahmen für die tierexperimentelle Forschung sein."

Nachhaltige Strukturreformen mit viel Verantwortung

Für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung braucht es mutige Reformschritte. Die jetzt beginnende Legislatur bietet die Chance, strukturelle Weichenstellungen mit langfristiger Wirkung vorzunehmen. Der Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und der Medizinische Fakultätentag (MFT) gratulieren Nina Warken zur Übernahme des Bundesgesundheitsministeriums und Dorothee Bär zum neuen Ministeramt im Bereich Forschung. Beide Bundesministerinnen stehen vor großen Aufgaben. Im Mittelpunkt werden neben der Umsetzung der Krankenhausreform, die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung und die Stärkung des Forschungsstandorts Deutschlands stehen, insbesondere im Bereich der klinischen Forschung und der Nutzbarmachung von Gesundheitsdaten. VUD und MFT wünschen beiden Ministerinnen viel Erfolg für die vor ihnen liegenden Aufgaben und bringen sich dabei mit Expertise und Erfahrung ein.